

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und  
Druck- und Verlags-AG, Leipzig, Hauptstraße 46, Postfach 12722, Tele-  
fon 14797 • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden • H. 16, Hauptstraße 46, Postfach 12722  
und 2558

## Die Methoden der Linken

Der „Vorwärts“ läßt sich wohl um sich nach dem fünfzig-  
prozentigen Stimmenergebnis seiner Partei in Bayern Mut zu  
machen, aus dem Rheinland einen Ueberblick über die Ansichten  
im besetzten Gebiet schreiben. Daß das Zentrum dabei nicht gut  
wegkommt, kann sich jeder denken, der das Verfahren der sozial-  
demokratischen Taktik, mangels eigener Befähigungsmittel die  
Propaganda auf billige Betrachtungen über die Gegner aufzubauen, kennt. Es scheint dem „Vorwärts“ außer-  
ordentlich viel Mut zu machen, daß er „von gut unterrichteter  
Seite weiß“, daß die wirtschaftlichen Gegensätze in dieser Partei  
noch nie so aggressiv sich gegenüber standen wie in diesem Augen-  
blick. Das Gerücht, als seien zum Zeichen dessen die Kandidaten-  
listen widerlegt. Wir haben nachgerade Grund, auf diesen inner-  
halb der Zentrumspartei zu stehenden Interessenaus-  
gleich, den der „Vorwärts“ als eine Schwäche auslegt, stolz  
zu sein. Es ist der Ruhmestitel der Zentrumspartei, der sie von  
allen anderen Parteien in Deutschland unterscheidet, daß sie alle  
Stände des Staates in festem harmonischem Verhältnis in sich vereinigt.  
Welcher ungeheure Vorteil für das Staatswohl dadurch entsteht,  
daß der Interessenausgleich nicht auf seinem Boden durch Kampf  
und Klaffen, sondern bereits innerhalb einer auf starker  
weltanschaulicher Basis fundierten Ordnungspartei stattfindet, das  
ermöglicht allerdings Demagogen nicht zu ermessen. Der Triumpf,  
von einem „großindustriellen und agrarischen Flügel“ zu sprechen,  
der „nach rechts wolle“, ist ein billiges Essen. Man kann ihn  
benutzen, indem man die in der Staatspolitik über die Engstirnig-  
keit des Massenbewusstseins trotz jahrzehntelanger Parteigeschichte nicht  
hinausgekommen sind.

Wenn der „Vorwärts“ in diesem Zusammenhang von der  
„merkwürdigen Politik der christlichen Gewerkschafts-  
führer“ spricht, die auf eine „Ueberforderung“ der Klassen-  
gegensätze während der sozialen Kämpfe“ hinauslaufen, so sei dem  
nur entgegengehalten, daß gerade die besonnenen Arbeit der  
christlichen Gewerkschaften, die durch das Zentrum führende  
Männer in der Regierung hatte, die grundlegenden sozialen Erwin-  
nungen durch die Wirtschaftskatastrophe 1923/24 hindurch  
gerettet worden sind. Daß das sozialdemokratische Vordringen  
rein nichts dazu beigetragen hat, kann man zur Befestigung  
immer wieder dem „Vorwärts“ von seinen kommunistischen Mit-  
gliedern, ja neuerdings auch von eigenen Genossen bescheinigt  
sehen. Ja, es ist etwas anderes, mit einem Vorkommnis  
beizugehen, als mit einem anderen, die Aufsicht-  
räte industrieller und gewerblicher Unternehmen sind, die Wähler  
hoffen zu machen, als auf realen Boden und unter dem Ge-  
sichtspunkt des Staatsganges praktische Politik zu treiben! Die  
Sozialdemokratie erntet eben das, was sie gesät hat, wenn man  
heute den „Vorwärts“ mit Protesten gegen kommunistische Stören-  
freude ihrer Versammlungen gefüllt sieht. Der Schreiber an  
„Vorwärts“ wird sich wohl etwas „Sonderbares“ gebacht haben,  
als er zum Uebergang von seiner Betrachtung der Zentrumspartei  
zur Betrachtung der Kommunisten also schrieb: „Nicht geringeres  
Durcheinander, eher noch mehr, ist bei der kommunistischen  
Partei festzustellen.“ Es folgen dann lange Betrachtungen über  
„kommunistische“ Maßnahmen in sozialdemokratischen Versammlun-  
gen. Die Sozialdemokratie erscheint aber überall in bestem  
Richt. Die Ausführungen des „Vorwärts“ werden das Fiasco  
der Sozialdemokratie nicht aufhalten. Ähnlich spricht es sich  
auch im Lande herum, daß die Führer der Sozialdemokratie von  
August bis Dezember 1923 den Grundrissen der Arbeitszeitver-  
ordnung und des Verwaltungsabbaues zugestimmt haben (vgl.  
Beamtenschaftler Falkenberg im „Vorwärts“ am 30. August  
1923 und 1. Januar 1924) und heute unter dem Feldgeschrei:  
„Soziale Reaktion!“ vor den Wählern sich selbst verteidigen.  
Lesen wir doch nur, was kürzlich der sozialdemokratische Reichs-  
tagsabgeordnete Schumann Hauptvorsitzender des Deutschen  
Verkehrsbundes nach dem Bericht der Verbandzeitung „Deutscher  
Verkehrsbund“ (Nr. 6 vom 22. März 1924) bezüglich der „Arbeits-  
zeit“ seinen Genossen bescheinigt:

„Nachdem am 17. November die Demobilisierungsverord-  
nung abgelassen war, stand fest, daß die Reichstagsmehrheit nicht  
für ihre Verlängerung zu haben war. Fest stand auch, daß die  
Unternehmer ihre durch die Krise erzwungene Macht rückstandslos  
gegen den Achtstundentag anwenden wollten. Es mußte zu retten  
versucht werden, was zu retten war. Aber gewisse Unent-  
wegte schienen die Mitarbeit am Arbeitszeitgesetz ab. Sie  
wollten sich drücken nicht dem Vorwurf der Massen-  
ausbeutung, daß sie an einem solchen Gesetz mitgearbeitet  
hätten, obwohl sie wissen mußten, daß es ohne das Gesetz  
noch schlimmer kommen würde. Ich habe mich an der  
Arbeit beteiligt und wäre das Gesetz herausgekomen,  
so ständen die Arbeiter heute besser da... die  
Verhandlungen sind hineingekomen, weil die Regierung  
erklärte, sie müsse nun Rücksicht auf die Tarife nehmen, die in  
der geschlossenen Zeit zustande gekommen waren.“

Das heißt Klipp und Klar von verantwortlicher sozialdemo-  
kratischer Seite den Sozialdemokraten bescheinigt, daß ihnen die  
Agitation über die praktische Arbeit ging, und sie in der Frage  
der Arbeitszeit die Arbeiterinteressen schmählich  
verraten haben. Keinerlich drückt sich auch nach dem „Deutschen“  
der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Vech, Hannover,  
aus, der als Vorsitzender des sozialdemokratischen Fabrikarbeiter-  
verbandes nicht in den Verdacht kommt, zugunsten der Unter-  
nehmer zu sprechen. Ja, der Schreck vor der kommunistischen  
Agitation (Gerücht aus sozialdemokratischer Muttererde) ver-  
hindert die Sozialdemokratie immer wieder, in entscheidenden  
Momenten eine sachliche und geistesgegenwärtige Interes-  
svertretung zu betreiben. Nichtsdestoweniger mutiges Kampfs-  
geschrei zu den Wählern, fast psychopathisch anmutende Betrachtun-  
gen über die Gegner.

Am 4. Mai wird Gelegenheit sein, mit diesem schänd-  
lichen Volksbetrug gehörig abzurechnen. Anzeichen liegen  
dafür vor, daß die deutsche Arbeiterschaft sich gründlich für die  
sozialistische Putscharbeit am Staate und an ihrem Stande über-  
haupt Gedanken wird. Treten wir ein für die große Partei der  
Ordnung und Sacharbeit, für das Zentrum!

## Die amerikanische Bereitschaft

Bedeutungsvolle Erklärungen Coolidges — Der Wunsch nach Einberufung einer internationalen Konferenz

### Coolidges Bekenntnis zu den Gutachten

Eine Anleihe muß Deutschland sofort bewilligt werden.

Newyork, 23. April.  
Präsident Coolidge sagte in einer Rede von den Sachver-  
ständigenarbeiten folgendes: Der Bericht Dawes ist von der  
Reparationskommission günstig angenommen worden. Es ist  
erforderlich, festzustellen, ob die Verbündeten ihm volle Sym-  
pathie schenken und Deutschland, das seine Zustimmung bereits  
erteilt hat, an seiner Ausführung mitwirkt. Es besteht aller-  
dings Grund zu der Annahme, daß dieser Plan eine praktische Grund-  
lage für die Lösung des Reparationsproblems bietet. Ich hoffe,  
daß er allen interessierten Mächten Europas als eine Methode  
erscheint, durch die sich auf Grund gegenseitiger Konzessionen in  
definitiver Weise die verwickelten und heiklen Fragen der Si-  
cherung von Reparationszahlungen an die Gläubigerstaaten re-  
geln lassen. Ein Abschnitt des Sachverständigenplanes sieht die  
Unterbreitung einer beträchtlichen Anleihe vor, die Deutschland  
sofort bewilligt werden muß. Das private amerikanische Kap-  
ital wird für diese Anleihe an Deutschland zur Verfügung stehen.  
Hinsichtlich der Außenpolitik machte Coolidge grundsätzlich  
folgende Angaben:  
1. Der Präsident bestätigt, daß die Vereinigten Staaten  
es ablehnen, in den Völkerbund einzutreten und er betont, daß  
dieser Beschluß von ihm als definitiv ausgesprochen wird.  
2. Coolidge bekräftigt die amerikanische Politik hinsichtlich der in-

terallierten Schulden erneut und wiederholt, daß das interalliierte  
Schuldenproblem nicht zum Gegenstand von Besprechungen in  
wirtschaftlichen Konferenzen gemacht werden könne. 3. Coolidge  
gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Sachverständigenplan zu einer  
Lösung des Reparationsproblems beitrage und erklärte sich zugunsten  
einer Einberufung einer internationalen Konferenz aus, die im An-  
schluß an die Washingtoner Konferenz eine Vermittlung der  
Räufungen zu Lande herbeiführen möge. 5. Schließlich sagte  
Coolidge, er sei Anhänger des Projektes eines internationalen  
Gesetzes, wonach die Rechte der Neutralen und die Regeln der  
Kriegsführung ein für allemal umschrieben werden.

### Die Heimreise der amerikanischen Sachverständigen

Paris, 23. April. Die amerikanischen Sachverständigen  
Young und Henry Robinson haben sich gestern an Bord der  
„Arcton“ begeben, um die Heimreise nach Amerika anzutreten.  
General Dawes wird sich ihnen in Southampton beigesellen.  
Ein Vertreter des Petit Parisien hatte Gelegenheit, noch  
einige Worte mit Robinson zu wechseln. Auf die Frage: was  
er von den Aussichten Frankreichs halte, gab Robinson einfach  
er von den Aussichten Frankreichs halte, gab Robinson einfach  
die Antwort: Ich schwärme für Ihr Land. Ich habe hier unvor-  
erwartete Tage zugebracht und man ist mir sehr zuochom-  
mend begegnet, kein Staatsmann besitzt so angenehme Um-  
gangsformen.

## Die englisch-französischen Gegensätze

### Die „Stimme Poincarés“

Der einzige Mißklang nach den Sachverständigenberichten. —  
Italien will mit größerem Nachdruck auf die Räumung des  
Nahgebietes drängen.

London, 23. April. „Daily News“ mißt der Erklärung Coolidges  
über seine Bereitwilligkeit eine neue Weltab-  
stützungskonferenz einzuberufen, größte Bedeutung bei.  
Das Blatt betont, daß in der Zustimmung zu dem Dawesbericht  
nur ein Mißklang vorhanden sei: die Stimme Poincarés.  
Aber allzu große Bedeutung dürfe den Äußerungen  
eines Staatsmannes, der versuche, seine Politik am Vorabend  
von Neuwahlen zu rechtfertigen, nicht beigemessen werden. Wenn  
jedoch ein ernstlicher Versuch von der französischen Regierung  
unternommen werden sollte, diese neue Friedensanstrengung zu  
vorzubereiten, so werde die Isolierung Frankreichs endgültig und  
vollständig sein.

London, 23. April. „Daily Herald“ schreibt: Es müsse  
offen festgesetzt werden, daß Poincaré Schwierigkeiten ver-  
suche. Er stehe auf dem Standpunkt den er immer vertreten  
habe. Er glaube weiterhin an die Politik, Deutschland die Hilfe  
vor den Kopf zu halten und zu versuchen, England sich ihm bei  
dieser Politik anzuschließen. Es erwidere aber allzu deutlich, daß  
die beiden Regierungen vollkommen verschiedener Ansicht seien.  
Eine solche Verschiedenheit könne schließlich zu einem Punkte  
führen, wo sich ein Zusammenstoß als unumgänglich erweise. Aber  
im gegenwärtigen Augenblick sei dies noch nicht Gewissheit gewor-  
den. Die französischen Wahlen könnten eine Geistes-  
änderung in Paris herbeiführen. — Der diplomatische Bericht-  
erstatter der „Daily News“ erklärt, es bestehe in London keine  
Reinigung, Differenzen zwischen Frankreich und Großbritannien  
über die Methoden zur Durchführung des Sachverständigenberichts  
zu verschärfen. Monate schwieriger Verhandlungen seien zu  
erwarten.

London, 23. April. Der diplomatische Berichterstatter des  
„Daily Telegraph“ erzählt, die Haltung Italiens gegen-  
über dem Sachverständigenplan, Mussolini sei sehr dafür, daß  
sowohl die Besatzungskosten als auch die Verwaltungsausgaben im  
Rheinland in den verschiedenen interalliierten Kommissionen auf  
ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollen. Aus diesem  
Grunde sei er geneigt mit noch größerem Nachdruck als bisher  
auf die militärische ebenso wie die wirtschaftliche Räumung des  
Nahgebietes zu drängen.

### Englands Eile

London, 23. April. Die Reuter zu wissen glaubt, wird  
die britische Regierung in zwei bis drei Tagen der Repara-  
tionskommission in der Frage der Sachverständigenberichte ihre  
Antwort erteilen. In Londoner Kreisen vertritt man die Auf-  
fassung, es komme hauptsächlich darauf an, daß der Sachver-  
ständigenbericht so schnell wie möglich angenommen und in die  
Tat umgesetzt werde. Sobald dies geschehen ist, könnten sich  
die Verbündeten mit anderen Problemen befassen. Hinsichtlich  
einer internationalen Konferenz oder einer Einberufung der ver-  
bündeten Premierminister ist hier nichts bekannt.

### Barthou bei Poincaré

Paris, 23. April. Poincaré hat gestern den Präsidenten  
der Reparationskommission Barthou empfangen und eine wach-  
tende Unterredung mit ihm gehabt. Den Verhandlungen wohnten  
der Direktor und der Unterdirektor des Ministeriums des  
Außenwesens, sowie Manacere und der intime Mitarbeiter Mar-

cus bei der Reparationskommission. Ueber den Inhalt der  
Unterredung wurde nichts bekanntgegeben. Man glaubt, daß der  
Ministerpräsident Barthou Instruktionen erteilt hat bezüglich der  
Garantien, die Frankreich für den Fall von Verletzungen  
deutschseits in der Hand behalten will.

### Jugoslawiens Absage an Frankreich

Große Enttäuschung in Paris.

Paris, 23. April.  
Die vereinigten franko-rumänischen Bemühungen,  
Jugoslawien zum Abschluß eines Sonderabkommens mit  
Rumänien zu bewegen, sind, wie aus einem Telegramm aus  
Belgrad deutlich hervorgeht, nunmehr definitiv gescheitert. Der  
rumänische Außenminister Dougas hat, wie bereits gemeldet, sich  
von Paris aus in Belgrad über die Möglichkeit eines Bündnis-  
vertrages erkundigt und zunächst eine ausweichende aber  
im Grunde ablehnende Antwort erhalten. Dem „Matin“  
zufolge gibt man in offiziellen Kreisen offen zu ver-  
stehen, daß Jugoslawien nie und nimmer ein Bündnis mit  
Rumänien gegen England abschließen werde. Den Standpunkt  
der Belgrader Regierung bringt das offizielle Regierungsblatt  
„Belgarbi Novosti“ in unabweislicher Weise zum Ausdruck. Jugo-  
slawien, so schreibt das Blatt, könne in der bevorstehenden Frage  
weder ein militärisches noch ein politisches Bündnis eingehen.  
Diese Auffassung herüber offizieller Kreise hat in Paris  
große Enttäuschung hervorgerufen. Man hat angelehnt, wie der  
Belgrader Korrespondent des „Matin“ behauptet, in Paris be-  
absichtigt, mit der Unterzeichnung des franko-rumänischen Bündnis-  
vertrages zu warten, bis bindende Zusagen aus Belgrad eingetroffen  
seien. Ganz offenbar hat die französische Diplomatie eine  
schwere Schlappe erlitten.

### Die Verlängerung der Mikumverträge

Berlin, 23. April. Die Verlängerung der Mikumverträge  
bis zum 15. Juni hat in manchen Kreisen zu kritischen Bemerkungen  
über die Reichsregierung geführt, der man mangelnde Behändig-  
keit in dieser Frage vorgeworfen hat. Dr. Stresemann  
äußerte sich in dieser Frage zu einem Berliner Vertreter des  
„Debbner Anzeigers“ und erklärte:

Von einer Verlängerung des Standpunktes der Reichsregie-  
rung kann zunächst überhaupt nicht gesprochen werden. Die  
Reichsregierung hat sich in Bezug auf die Mikumverträge auf  
dem Standpunkt gestellt, daß sie jede finanzielle Unterstützung  
dieser Verträge ablehnen müsse. Auch gegenüber der schigen  
Verlängerung der Verträge hat die Reichsregierung diesen Stand-  
punkt aufrechterhalten. Die Reichsfinanzen werden durch die  
Verlängerung der Mikumverträge in keiner Weise in Anspruch  
genommen werden. Eine Änderung des Standpunktes der  
Reichsregierung kommt also gar nicht in Frage. Anders vage-  
war die Frage, ob es im Interesse der beteiligten Industriellen  
läge, noch einmal die Kosten auf sich zu nehmen. In den  
Kreisen des unbesetzten Deutschlands macht man sich keine rechte  
Vorstellung von den Bedingungen dieser raffiniert ausgearbeiteten  
Verträge, für die der Ausbruch Vertrag ebensowenig wahr, als  
man etwa den Versailles Frieden als einen durch gegenseitige  
Verhandlung herbeigeführten Vertrag bezeichnen darf. Man  
schätzt, daß durch diese Verträge Waren im Werte von 1200  
Millionen Mark jährlich aus den besetzten Gebieten nach Frank-  
reich abgeführt werden. Es ist daher ganz ausgeschlossen, daß  
die beteiligten Industriellen, namentlich die großen Kohlenindus-  
triellen, diese Beträge aus eigener Kraft aufzubringen imstande